Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,900.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 133. Sonntag den 13. Mai 1883. 77. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Montag, den 14. Mai,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
städtische Einkommensteuer betreffend.

Der **erste** Termin der städtischen Einkommensteuer ist **den 15. Mai dieses Jahres** und zwar mit dem **fünffachen Betrag des einfachen Steuersatzes** fällig.

Die Beitragspflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge spätestens binnen 3 Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, Brühl 51, II. Stock, bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden Maßnahmen abzuführen.

Bezüglich der gleichzeitig mit zur Erhebung gelangenden persönlichen Anlagen für die evangelisch-lutherischen Kirchen in Leipzig verweisen wir auf die untenstehende besondere Bekanntmachung.

Leipzig, den 10. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung,
die persönliche Anlage für die evangelisch-lutherischen Kirchen in Leipzig betreffend.

Auf Grund resp. §. 7 des Regulativs über die Erhebung der Anlagen für die evangelisch-lutherischen Kirchen in Leipzig vom 10. Juli 1879 wird andurch bekannt gemacht, daß die zur Deckung der Hebebeträge der hiesigen Parochien aufzubringenden persönlichen Anlagen von allen mit über 800 ℳ jährlichem steuerpflichtigen Einkommen zur **Staats**einkommensteuer geschätzten beitragspflichtigen evangelisch-lutherischen Glaubensgenossen mit **achtzig Procent des aus der Einschätzung zur Staatssteuer sich ergebenden einfachen städtischen Steuersatzes** aufzubringen und je zur Hälfte zu den beiden städtischen Einkommensteuerterminen zu entrichten sind.

Die erste Rate gelangt demnach
den 15. Mai dieses Jahres
zur Einhebung und es werden die Beitragspflichtigen aufgefordert, ihre Beträge binnen 3 Wochen, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuereinnahme, Brühl 51, II. Stock, abzuführen, da widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen die gesetzlichen Maßnahmen einzutreten haben.

Diese Bekanntmachung gilt als legale Benachrichtigung der Contribuenten.

Etwaige Reclamationen sind **binnen 3 Wochen,** von dem erstmaligen Abdruck dieser Bekanntmachung ab gerechnet, **bei der Steuerabtheilung des Rathes,** Brühl 51, III. Stock, **anzubringen.**

Insoweit Reclamationen sich gegen die Höhe der der Veranlagung zu Grunde gelegten staatlichen Einschätzung richten, sind selbige als unzulässig zurückzuweisen, doch sollen die auf Reclamationen gegen die Einkommensteuer erfolgten Entscheidungen ohne Weiteres für die Herbeiziehung zu den kirchlichen Anlagen Gültigkeit haben.

Leipzig, den 10. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße 3. Classe in der Gerberstraße ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 9. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Bekanntmachung,
Generalrevision der Droschken betreffend.

Die **Generalrevision** über die Droschken und deren Gespanne soll an den Tagen des **28. und 29. Mai** dieses Jahres vorgenommen werden.

Die concessionirten Droschkenbesitzer werden daher hierdurch veranlaßt, ihre Droschken zu den nachbenannten Zeiten und zwar

am 28. Mai dieses Jahres

Nr.	1— 50	Vormittags	½9 Uhr
„	51—100	„	½10 „
„	101—150	„	11 „
„	151—200	Nachmittags	½3 „
„	201—250	„	¾4 „
„	251—300	„	5 „

am 29. Mai dieses Jahres

Nr.	301—350	Vormittags	½9 Uhr
„	351—400	„	½10 „
„	401—450	„	11 „
„	451—500	Nachmittags	3 „

auf dem **Roßplatz** vor dem **„Grünen Baum"** vorzufahren, bez. vorfahren zu lassen und wird hierbei auf die **pünctliche** Einhaltung der festgesetzten Vorfahrtszeiten noch ganz besonders hingewiesen.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnung werden für jeden einzelnen Contraventionsfall mit Ordnungsstrafen bis zu Fünf Mark geahndet.

Die Geschirre müssen sich genau in dem im Regulative vorgeschriebenen Zustande befinden, widrigenfalls die Concessionare ihre Bestrafung, nach Befinden die Außerbetriebsetzung der betreffenden Wagen zu gewärtigen haben.

Leipzig, am 10. Mai 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Mühlner.

Bekanntmachung.

Das Freibad am Kopfweher wird am 15. laufenden Monats eröffnet und ist die Beaufsichtigung desselben auch für dieses Jahr Herrn Fischermeister **Carl Wilhelm Meißner** übertragen worden.

Für Benutzung des Bades gelten die unter ⊙ nachstehenden Vorschriften.

Leipzig, am 10. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

⊙

1) Die Anstalt kann in der Zeit von Morgens 5 bis Mittags 1½ Uhr und von Nachmittags 3½ Uhr bis zum Dunkelwerden unentgeltlich benutzt werden.
2) Die tägliche Schlußzeit wird durch zwei Zeichen mit der Glocke angegeben.
3) Nach dem ersten Zeichen wird Niemand mehr eingelassen, nach dem zweiten haben die Badenden sich sofort aus den Bassins und sodann mit möglichster Beschleunigung aus der Anstalt zu entfernen.
4) Erwachsene werden in das Bad nur gelassen, wenn sie mit Badehosen versehen sind.
5) Die Verzonds, Brücken, Aus- und Ankleidestellen, Bassins und sonstigen Räumlichkeiten der Anstalt dürfen in keiner Weise verunreinigt werden.
6) Niemand darf den Anderen bespritzen, untertauchen oder sonst belästigen.
7) Alles unnöthige Schreien, Lärmen und Herumlaufen in der Anstalt ist untersagt.
8) Abwaschungen mit Seife dürfen nur an dem dazu bestimmten Orte vorgenommen werden.
9) Das Ein- und Aussteigen darf nur auf den Treppen geschehen.
10) Die jedesmalige Benutzung der Anstalt ist auf die Dauer einer Stunde beschränkt.
11) Das Mitbringen von Hunden in die Anstalt ist verboten.
12) Das Betreten der Rasenböschungen, das Uebersteigen der Barrièren und das Baden in den Zu- und Abflußgräben ist nicht gestattet.
13) Jeder Besucher der Anstalt hat dem Aufseher auf dessen Verlangen seinen Namen und Stand, sowie seine Wohnung zu nennen.
14) **Den Anordnungen des Aufsehers** ist unweigerlich Folge zu leisten.
15) Widersetzlichkeiten gegen denselben oder Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe **oder Haft**, oder auch mit dem Verbote fernerer Benutzung der Anstalt geahndet.

Bekanntmachung.

Die Pflaster- und Steinmetzarbeiten in der Stephanstraße sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Herren Bewerber deshalb hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 9. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Der **Inhaber** des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches Serie II, Nr. 16,411 wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen 3 Monaten und längstens am 15. August d. J. zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zweck der Rückgabe gegen Bescheinigung, bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, den 10 Mai 1883.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Gesucht

wird der am 27. Februar 1832 hier geborene Packträger **Carl Julius Zill,** welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung anheimgefallene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 10. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Delge.

Nichtamtlicher Theil.

Eine neue Erklärung Depretis'.

Die Vertreter der Irredenta im italienischen Parlament haben wieder einmal eine Interpellation vom Stapel gelassen, welche freilich dem Ministerpräsidenten Depretis nur wiederholt Veranlassung bot, mit einschneidend logischer Schärfe gegen die unsinnigen politischen Bestrebungen dieser Partei zu protestiren. Diesmal war es der Abgeordnete Fortis, welcher das Lieblingssteckenpferd der Irredenta ritt, der Kammer von Triest und dem Trentino vorzudeclamirte, um schließlich die jüngsten irredentistischen Kundgebungen und Skandale zu berühren, welche nach dem §. 174 des italienischen Strafgesetzes eine ganze Reihe von Processen zur Folge hatten. Fortis wagte sogar, unter großer Unruhe der Kammer, zu behaupten, daß manche jener Demonstrationen patriotische und berechtigte gewesen seien, weshalb das Einschreiten der Regierung im Volke nur abermals böses Blut gemacht hätte.

Der Ministerpräsident legte gegen diese Auffassung Fortis' ganz nachdrücklich Verwahrung ein. Er betont, die äußerste Linke müsse sich die Lage und die Ueberzeugungen der Personen, welche in der Regierung säßen und das Vertrauen der Kammermajorität genössen, vergegenwärtigen. Er kenne das Programm der äußersten Linken hinsichtlich der auswärtigen Politik Italiens nicht, aber so viel wisse er, daß wenn die Anschauungen des Herrn Fortis zur Geltung kämen, ein europäischer Krieg unvermeidlich wäre. Würde er sich in einen solchen stürzen, wenn er zufällig die Verantwortung eines Ministers des Auswärtigen zu tragen hätte? Es sei unbegreiflich, daß die Irredenta immer nach Triest und Trient dränge, ja man könnte fast glauben, daß hinter diesem sonderbaren Patriotismus andere Absichten stecken. Es gebe ja noch manche andere unerlöste Länder. Wie dem aber auch sei, so müsse er, der Ministerpräsident, erklären, daß die italienische Regierung ihren internationalen Verpflichtungen stets und unbedingt nachkommen werde, weil dies ihren Ueberzeugungen entspreche und das Wohl der Nation fördere. Man möge doch über den ernsten Charakter der stattgefundenen Demonstrationen nachdenken und die Folgen erwägen, welche eintreten müßten, wenn die Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt hätte.

Außerhalb der Kammer, das stehe fest, müsse man dem Gesetze gehorchen und demselben Gehorsam verschaffen. Die Regierung habe schon bei anderen Gelegenheiten wiederholt den festen Entschluß verkündet, die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten. Sie müßte erröthen, wenn sie Kundgebungen von Parteien duldete, welche darauf abzielten, ihr die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu entreißen und Zweifel, Mißtrauen und Unfrieden zwischen ihr und dem Lande zu säen. Er, der Minister-Präsident, verstehe unter Freiheit die Befolgung der Gesetze. Die gegen die Regierung gerichteten Anklagen kleinmüthiger Gesinnung seien unbegründet. Keine Macht habe daran gedacht, Pressionen auf Italien auszuüben, und die Regierung würde solche nicht dulden. Dieselbe kenne sehr wohl die Verhältnisse und Meinungen des Landes. Seine Einrichtungen liefen keine Gefahr, aber die Pflicht der Regierung sei es, dieselben zu schützen. Herr Fortis beschuldigt die Regierung, daß sie Furcht vor dem Auslande habe und sich vor diesem erniedrige. Es scheint aber, daß seine Begriffe zwischen Furcht und Klugheit, zwischen Erniedrigung und weiser Vorsicht etwas schwanken. „Vor wem", fragt der Minister wörtlich, „soll die Regierung sich fürchten? Wer mich kennt, der weiß, daß ich mir vom Auslande durchaus nichts abtrotzen ließe."

Diese energische Abweisung der irredentistischen Zumuthungen Fortis' wurde von der großen Mehrheit der Kammer mit lang anhaltendem Beifalle aufgenommen. Damit gab sich aber die äußerste Linke noch nicht zufrieden. Ein anderes Mitglied derselben, Indelli, hielt dem Ministerpräsidenten vor, daß die Regierung nicht von der Mehrheit, sondern von zufälligen Coterien gestützt werde. Depretis erwidert, daß daran nicht er die Schuld trage, sondern die Kammer, die, wiewohl jung, matt, kraftlos und aller Initiative baar sei. Er habe bisher stets die Mehrheit gehabt; eine Untersuchung darüber anzustellen, stehe ihm nicht zu. Falls seine Vorlagen der Kammer nicht gefallen, so möge sie dieselben verwerfen.

Nun ergreift Fortis abermals das Wort, indem er bemerkt, seine Rede sei in ihren Hauptpuncten vom Ministerpräsidenten nicht widerlegt worden. Die äußerste Linke habe ein Programm für die auswärtige Politik: sie wolle nicht den Anschluß Italiens an das absolutistische Central-Europa, sondern an die freiheitlich gesinnten Westmächte. Das sei ein sehr klares Programm, für welches das freie Italien jeder Zeit eintreten müsse. Uebrigens wäre gegenüber der öffentlichen Meinung jedes weitere Wort überflüssig. Das Land verliere immer mehr das Vertrauen auf die Möglichkeit, seinen Willen im gesetzlichen Wege äußern zu können, während die Kammer die Handlungen der Regierung nicht zu überwachen vermöge, weil jene in Folge des beliebten Schaukelsystems ohnmächtig und zerrissen sei. Das werde schließlich zu keinem guten Ende führen.

Unter allgemeiner Bewegung erhebt sich der Ministerpräsident nochmals, um Fortis zu antworten. Jener bemerkt, die Regierung weiß, was sie thue. Wenn ein Abgeordneter über den Werth oder Unwerth gewisser Bündnisse spricht, so mag er eben seinen Anschauungen folgen, aber ein sachliches Urtheil könne er nicht abgeben. Die Kundgebungen der Irredentisten seien unterdrückt worden, weil sie jedes Maß freier Meinungsäußerungen überschritten und gegen eine befreundete Nation gerichtet gewesen seien. (Eine Stimme ruft: Schöne Freunde das! Hier sitzt auch eine österreichische Regierung! Unruhe und Murren.) Nein, nur eine selbstbewußte, fährt Depretis fort; würden etwa die Italiener ruhig geblieben sein und keinen Einspruch erhoben haben, wenn im Auslande feindliche Kundgebungen gegen Italien stattgefunden hätten? Nicht Fortis und seine Parteigenossen, sondern nur die Parlamentsmajorität allein könne Anspruch darauf erheben, der Dolmetsch der öffentlichen Meinung zu sein. — Diese Erwiderung des Ministerpräsidenten wird von der Mehrheit der Kammer wiederum mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

Der Abgeordnete Minghetti, früher Minister, giebt unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Erklärung ab, es gereiche ihm zur Befriedigung, daß die Herren, welche heute auf der Ministerbank sitzen und ihn einst bekämpften, nun mit ihm übereinstimmen; das sei ein Beweis, daß die Verantwortlichkeit der Macht die Meinungen mildere und kläre. Es würde sich aber empfehlen, nach einer so wichtigen Discussion eine Motion einzubringen, um die politische Lage klar zu stellen. — Der Abgeordnete Morana kündigt darauf eine Interpellation über die innere Politik des Cabinets mit dem ausgesprochenen Zwecke an, ein Votum zu veranlassen, das nach der gegenwärtigen Debatte nothwendig sei. Cardarelli beantragt, die Interpellation auf die nächste Tagesordnung zu setzen, was von der Kammer angenommen wird. Nun wird aus Rom vom Donnerstag telegraphisch gemeldet, daß an diesem Tage der Abgeordnete Morana allerdings ein Vertrauensvotum für die Regierung beantragt habe, aber seinen Antrag wieder zurückzog, weil eine solche Kundgebung, nachdem inzwischen die Erklärungen der Regierung völlig befriedigt hätten, nach der Geschäftsordnung unzulässig sei. Darauf brachte Nicotera eine weitere Interpellation mit der Erklärung ein, er werde die einfache Tagesordnung beantragen. Der Beginn der Verhandlungen darüber ist für die nächste Sitzung anberaumt worden und dürften diese voraussichtlich mehrere Tage dauern. Im Laufe der Debatte werden vielleicht die Anhänger der Irredenta abermals Gelegenheit haben, ihre bekannten Zumuthungen und Verdächtigungen an die Regierung zu richten, aber der Sieg derselben in diesem neuesten parlamentarischen Conflicte kann schließlich doch keinen Augenblick zweifelhaft sein. Schon die entschieden ablehnende Haltung, welche die große Mehrheit der Kammer der Interpellation Fortis' entgegengebracht, muß die Irredentisten belehren, daß ihre Sturmläufe gegen die Regierung keinerlei Erfolg erzielen können. Der Minister-Präsident Depretis, welcher den irredentistischen Abenteurern und Phantasten zur Genugthuung des ruhebedürftigen Europas schon wiederholt heimgeleuchtet hat, wird es hoffentlich auch diesmal an der nöthigen Energie nicht fehlen lassen

---

Leipzig, 13. Mai 1883.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat ihr bisheriges Schweigen aufgegeben und äußert sich nunmehr über die letzten parlamentarischen Vorgänge mit großer Schärfe. Der betreffende Artikel ist an die Adresse der Fortschrittspartei gerichtet und lautet wörtlich wie folgt:

Die letzten Wochen der parlamentarischen Session haben so eigenthümliche Erscheinungen zu Tage gefördert, daß es sich wohl der Mühe lohnt, noch nachträglich dieselben in ihrem Zusammenhange zu beleuchten und auf die Frage hin zu prüfen, ob nicht das Gebahren der Fortschrittspartei und der dieselbe unterstützenden Presse darauf hinauslaufe, jedes Zusammenwirken der Regierung und Volks- resp. Landesvertretung, wie solches durch die Verfassungen Preußens und des Reiches vorgesehen ist, unmöglich zu machen.

Wer sich des Tones erinnert, welchen die fortschritts- und die secessionistische Presse auf die erste Kunde von dem bei den letzten Reichstagswahlen erzielten Erfolge anschlug, wird den Eindruck behalten haben, daß der Fortschritt, so lange er selbst in dem Wahne stand, einen überwältigenden Sieg errungen zu haben, durchaus die Neigung und zugleich die Zuversicht zu erkennen gab, diesen Sieg in dem Sinne auszunutzen, in welchem die preußische Fortschrittspartei von 1862—1866 agirte. Als sie dem constatirten Wählergebniß gegenüber ihre Selbsttäuschung nicht aufrecht erhalten konnte, sah sich die fortschrittliche und secessionistische Presse freilich veranlaßt, die anmaßlichen Worte zu verschlucken, welche ihr im ersten Siegestaumel entschlüpft waren, und die Tendenzen zu verleugnen, die sie unvorsichtiger Weise enthüllt hatte, aber nur — um eben diesen Tendenzen besser dienen zu können. Wie? — Das hat sich im Verlauf der ganzen Session, am deutlichsten aber in den letzten Wochen gezeigt.

Die Methode war einfach die, daß die Fortschrittspartei jede Gelegenheit benutzte, um die verfassungsmäßig gezogenen Grenzen der Gewalt zu verrücken oder zu verdunkeln; die fortschrittliche Presse bemühte sich, die bezüglichen Anträge, so lange sie Aussicht auf Erfolg hatten, auf das Lebhafteste zu unterstützen, bei der energischen Zurückweisung aber ihre Unverfänglichkeit zu plaidiren.

Am eclatantesten zeigte sich das bei Gelegenheit der Richter'schen Resolution und nach dem Mißerfolg derselben. Jeder Erfolg wäre von der Partei und der Presse für alle Zukunft hin als ein wichtiger Präcedenzfall verwerthet worden, die Resolution wurde aber in ihrer zweifachen Verfassungswidrigkeit von dem Kriegsminister und dem Reichskanzler gekennzeichnet als ein Eingriff in die Commandogewalt des Kaisers und eine Ignorirung der Competenz des Reichskanzlers.

Die von beiden Seiten eingelegte Verwahrung verfehlte ihre Wirkung nicht; aber die fortschrittliche Presse war sofort bei der Hand, um dem Publicum einzureden, daß gar kein Anlaß gegeben worden sei, um selbstverständliche Rechte mit so scharfer Betonung zu wahren. Es habe sich nur um eine falsche Adressirung gehandelt, im anderen Falle um eine „Schneiderfrage", und die Regierung habe ganz willkürlich den Anlaß ergriffen, um sich einen Conflictfall zu schaffen.

Daran wurde mit keiner Silbe gedacht, daß der Abg. Richter schon bei der Budgetberathung Gelegenheit genommen hatte, Fragen der Armeeorganisation in den Bereich der parlamentarischen Discussion zu ziehen.

Und wie verhielt sich die Fortschrittspartei und deren Presse zu der königlichen Botschaft vom 14. April?

Sie gerieth darüber in die höchste Aufregung; einmal, weil sie bei ihrem Streben nach parlamentarischer Regierung, dem System gemäß, das Königthum zu einem bloßen Ornament zu machen, der königlichen Gewalt höchstens die Function des Zünglein an der Wage belassen will; sodann aber, weil die in der Allerhöchsten Botschaft kundgegebenen Wünsche des Kaisers bez. des parlamentarischen Geschäftsgangs dem fortschrittlichen Feldzugsplan, nach welchem die Hauptaufgaben der Session, sowohl des Reichstags wie des Landtags, unerledigt bleiben sollten, diametral zuwiderliefen.

Im ersten Aufregungen war man dahin geneigt, dem parlamentarischen Antagonismus freien Lauf zu lassen und zu dem Zwecke die kaiserliche Botschaft zum Gegenstande einer parlamentarischen Debatte zu machen, welche man wohl mit dem höchsten sensationellen Reiz zu bekleiden dachte.

Man überzeugte sich jedoch sehr bald, daß die kaiserliche Botschaft auf die Nation einen Eindruck gemacht hatte, welcher dem parlamentarischen Antagonismus durchaus nicht zu Gute kam. Man durfte also nicht wagen, den auf Herstellung der gestörten Harmonie der Gesellschaft gerichteten Absichten des Kaisers die Ansprüche des Parlamentarismus entgegenzustellen, noch viel weniger sich sofort zu der Abneigung gegen alle Socialpolitik zu bekennen, wie sie erst später in der Rede des Abg. Bamberger vom 3. Mai zu vollem Ausdruck kam.

Die Fortschrittspartei entschloß sich zu einer Taktik, welche — um es kurz und bündig auszudrücken — hinterrücks zum Ziele führen sollte.

* Es ist nicht ohne Interesse, aus der Liste der Abstimmung über die Holzzölle einen Schluß zu ziehen, wie sich der Reichstag bei voller Besetzung über die Vorlage entschieden haben würde. Es fehlten 64 Mitglieder, von denen man nach ihrer Parteistellung oder persönlichen wirthschaftspolitischen Richtung mit großer Wahrscheinlichkeit 36 als Freunde, 13 als Gegner der Vorlage bezeichnen kann. Ferner fehlten 5 Welfen und 8 Elsaß-Lothringer; die anwesenden Mitglieder dieser Gruppen spalteten sich bei der Abstimmung, und es ist mit Sicherheit nicht anzugeben, wie diese fehlenden Mitglieder im Falle der Anwesenheit gestimmt haben würden. Lassen wir sie aus dem Spiel, so würden, da die thatsächliche Abstimmung 178 Nein und 150 Ja ergab, in einem vollbesetzten Hause wahrscheinlich 191 Nein gegen 186 Ja abgegeben worden sein. Wie man sieht, würde sich also das Verhältniß erheblich besser für die Rechte gestaltet haben, in deren Reihen weit bedeutendere Lücken vorhanden waren, als bei der Linken.

* Es muß auffallen, daß die Militairpensionscommission des Reichstags in der ganzen Zeit zwischen Ostern und Pfingsten nur eine einzige, ziemlich ergebnißlose Sitzung abgehalten hat. Man erinnert sich, welche kritische Bedeutung das Pensionsgesetz mit der sich daran knüpfenden Frage der Communalbesteuerung der Officiere unmittelbar vor Ostern gewonnen zu haben schien, wie im Zusammenhang damit der Wechsel in der Leitung des Kriegsministeriums erfolgte und die Commission sich durch die hervorragendsten Mitglieder aller Parteien verstärkte. Man mußte erwarten, daß die weitere Entwickelung dieser Fragen nach Wiederaufnahme der Reichstagssitzungen ganz im Vordergrund stehen und das Interesse des Reichstags in erster Linie beherrschen würde. Und nun ist die ganze Angelegenheit nicht nur keinen Schritt weiter vorwärts gerückt, sondern sie ist seitdem kaum wieder berührt worden. Ob nach Pfingsten diese Angelegenheit in lebhafteren Gang kommen wird, muß dahingestellt bleiben. Die Aussichten, zu einer Verständigung zu gelangen, sind ja gering genug, und es erklärt sich schon, wenn Niemand ein Interesse daran hat, die Entscheidung zu beschleunigen.

* Der fortschrittliche „Reichsfreund" schreibt in einer Entgegnung auf einen Artikel, worin die „N.-L. C." nachgewiesen hatte, daß bei den jüngsten von der Fortschrittspartei herbei-